

Edwards, F., Designing a Theology of Sexuality, in: Verryn, T. D. (ed.), Church and Marriage in Modern Africa, Johannesburg 1975, 51–81.

Hornsby-Smith, M. P. und Norris, M., Marriage: The Most Difficult Vocation, The Month, June 1979, 185–190.

Huet, E. van, The Marriage Catechumenate, Catechetics Course, Gaba Pastoral Institute, Eldoret 1975.

Janssen, H., Christliche Ehe-Initiation in Ostafrika, in: Walden-

fels, H., (Hrsg.), Denn ich bin bei Euch, Perspektiven im christlichen Missionsbewußtsein heute, Zürich 1978, 247–260.

Maurier, H., The African Family and its Christian Formation, Lumen Vitae, Vol. XXVII, 1972, No 4, 559–581.

Mwasaru, D., A Christian Family Apostolate, Afer, Vol. 19, No. 2, 1977, 66–74.

Secam-Document, Family Life and Christian Education of Youth, Afer, Vol. 20, No. 6, 1978, 381–384.

Länderbericht

Nach dem Sieg der Revolution

Nicaragua strebt einen nationalen Sozialismus an

Zwanzig Jahre nach dem Sieg der kubanischen Rebellenarmee hat ein zweites Land im mittelamerikanischen Raum sich auf revolutionärem Wege, d. h. über eine von bewaffneten Aufständischen geführte Volkerhebung, eines Diktators und seines Regimes entledigt. Am 7. Juli verließ *Anastasio Somoza Debayle Nicaragua*, das Land, das seine Familie seit 1937, er selbst seit 1967 beherrschte. Er hinterließ ein verwüstetes Land mit zerbombten Städten, eine ausgehungerte Bevölkerung, die zwischen Triumph über den Sieg und Trauer über die Toten schwankte. Die Bilanz des elf Monate dauernden Bürgerkriegs ist nicht in zuverlässige Zahlen zu fassen: die Zahl der Todesopfer wird mit mindestens 12 000 bis 15 000 angegeben. Nach Angaben des Roten Kreuzes in Managua liegt die Zahl jedoch weit höher, als bisher angenommen. Der Präsident des Roten Kreuzes, *Ismael Reyes*, gab die Zahl der Todesopfer mit 50 000 an; allein in den östlichen Stadtteilen von Managua seien bei dem Großangriff der Nationalgarde im Juni 14 000 Menschen umgekommen. 70 000 lebten in den Flüchtlingslagern Managuas; 750 000 Menschen seien obdachlos, wenigstens ebenso viele ohne Arbeit; 600 000 litten an akuter Unterernährung.

Neue Regierung – fehlende Strukturen

Über eine noch so großzügig gewährte humanitäre Hilfe hinaus benötigt Nicaragua finanzielle Hilfe aus dem Ausland für den Wiederaufbau der zu 50 Prozent zerstörten Industrieanlagen und Saatgut (der Devisenausfall für die diesjährige Baumwollernte beläuft sich auf 350 Millionen US-Dollar). Mit einer Auslandsverschuldung von mindestens 1,3 Milliarden Dollar, Massenarbeitslosigkeit, Sachschäden, die die des Erdbebens von 1972 übersteigen, und den unter Somoza ungelöst gebliebenen sozialen und wirtschaftlichen Problemen übernahm die Revolutionsre-

gierung ein wirtschaftlich ruiniertes Land. Mit den Mitteln eines menschenverachtenden militärischen Kampfes um den Endsieg und – als dieser ausblieb – mit räuberischen finanziellen Transaktionen im letzten Augenblick hat Somoza verhindern können, daß sein Erbe an das nicaraguanische Volk fiel, das schon zu seinen Herrschaftszeiten weitgehend von der Nutzung seines beispiellosen Reichtums ausgeschlossen worden war.

Die neuen Machthaber in Nicaragua haben den Wiederaufbau der nationalen Wirtschaft zum vorrangigen Ziel ihrer Politik erklärt und für den Moment darauf verzichtet, ideologische Differenzen offenzulegen und in die Tagespolitik einzubringen. Das macht Prognosen über den zukünftigen Kurs der Regierung schwierig und birgt die Gefahr, die wenigen Anzeichen für eine ideologische Fixierung überzubewerten beziehungsweise als Bestätigung vorhandener Befürchtungen zu werten. Schwierig ist schon die Einschätzung, wer an der Spitze der provisorischen Regierung im Augenblick das Sagen hat. Nach übereinstimmenden Berichten hat die aus Costa Rica heimgekehrte „Junta zum nationalen Wiederaufbau“ (bestehend aus *Violeta Chamorro*, *Sergio Ramirez*, *Alfonso Robelo*, *Moisés Hassan* und dem Guerilla-Kommandanten *Daniel Ortega*) nur ein geringes politisches Gewicht. Im Kabinett überwiegen bürgerliche Politiker konservativer oder liberaler Prägung. Die beiden katholischen Geistlichen, der Dichter *Ernesto Cardenal* (Erziehungsminister) und *Miguel D'Escoto* (Außenminister), waren als revolutionäre Gegner des Somoza-Regimes bekannt und müssen sich als Politiker erst noch profilieren. Weitere politische Institutionen sind das „Nationaldirektorium“, höchstes Gremium der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront (FSLN), die sich nach dem 1934 ermordeten Cesar Sandino nennt und sich noch nicht als Partei konstituiert hat, sowie ein in der letzten Phase des Bürgerkriegs gegründeter „Staatsrat“, der weitgehende legislative Vollmachten er-

halten soll und aus Sandinisten, gemäßigten Oppositionellen und Vertretern der Industrie besteht. Zu den zweifellos mächtigsten Männern in Nicaragua gehört *Tomás Borge*, einziges lebendes Gründungsmitglied der FSLN, ein erklärter Marxist. Dem einstigen Guerillaführer untersteht das Innenministerium. Der Aufbau der neuen Streitmacht und der Polizei fällt in seine Kompetenz.

Gegenwärtig hat es den Anschein, daß, solange die Machtstrukturen nicht gefestigt und die politischen Zuordnungen nicht klar sind, in der ersten Phase der Übergangsregierung die Sieger des Bürgerkriegs, die Sandinisten, die politischen Entscheidungen treffen.

Die ersten Maßnahmen der neuen Regierung galten der Wiederherstellung von Ordnung und Ruhe: Plünderungen und Devisenvergehen wurden unter hohe Strafen gestellt; Bodenspekulanten und Beamte, die sich weigern, ihre Arbeit aufzunehmen, müssen mit Zwangsarbeit bis zu zwei Jahren rechnen. Andere Maßnahmen wie der Auslieferungsantrag für Somoza an die USA und die Umbenennung von Straßen und Plätzen waren verständliche populäre Gesten der Sieger mehr denn ernsthafte Politik. Was aus den enteigneten und verstaatlichten Besitzungen der Somozas wird, ist noch unklar. Solange die Regierung mit den Richtlinien ihrer Wirtschaftspolitik hinter dem Berg hält (wenn sie überhaupt schon einvernehmlich erarbeitet sind), bleiben Beurteilungen der neuen Politik riskant. Für den Augenblick darf man jedoch nicht übersehen, daß für die Regierung Arbeitsbeschaffung, Aufbau oder Wiederinbetriebnahme von industriellen und landwirtschaftlichen Einrichtungen vorrangige Ziele sind. Auch die ideologische Zurückhaltung der neuen Machthaber hat ihre Ursache offenbar in der Einsicht, daß sie dem Volk nach der Befreiung von der Diktatur ohne die massive Hilfe des Auslands wenig zu bieten haben. Wenig rühmlich, aber nach bisherigen Informationen ein Einzelfall war die Erschießung des im Volk verhaßten Nationalgardisten *Alberto Gutierrez*, genannt „Macho Negro“, am 19. Juli. Er soll für Massaker an Jugendlichen in den Randgebieten von Managua verantwortlich gewesen sein. Zur Frage der Verwendung früherer Nationalgardisten, der amerikanisch geschulten Armee Somozas, sind die Aussagen widersprüchlich. Innenminister Borge erklärte, die „große Mehrheit“ werde in das zivile Leben eingegliedert: „Unsere Rache wird das Verzeihen sein“ (Le Monde, 27. 7. 79). Es werde keine Todesstrafe geben; lediglich die Heckenschützen, die nachts die Sicherheit der Bevölkerung bedrohten, würden standrechtlich erschossen. Im möglichen Widerspruch dazu steht eine Äußerung des Junta-Sprechers *Manuel Espinoza*, die neue nicaraguanische Armee habe nach dem Sieg niemanden erschossen und werde es auch in Zukunft nicht tun (Le Monde, 7. 8. 79).

Aufschlußreicher als die ersten politischen Maßnahmen der Regierung sind die wenigen zukunftsweisenden Äußerungen der Junta und der Guerillaführer. Wahlen werde es erst in drei oder vier Jahren geben, hieß es wenige Tage nach der Machtübernahme. Die Entscheidung für einen so späten Zeitpunkt überraschte zuerst, beruht aber wohl

auf dem Einverständnis aller politischen Kräfte. Vor allem die gemäßigten traditionellen Parteien können von einer längeren Übergangsphase profitieren. Im Falle frühzeitig angesetzter Wahlen hätten sie kaum neben einer sandinistischen Partei bestehen können. Die beiden kommenden Jahre geben den bürgerlichen Parteien Zeit und Gelegenheit, sich als alternative Kraft zu den sandinistischen Gruppierungen zu formieren.

Verstaatlichungen, aber „kein neues Kuba“

Die Ankündigung bevorstehender Verstaatlichungen erfolgte am 26. Juli im Rahmen einer Pressekonferenz der Junta. Nachdem die sieben Privatbanken des Landes bereits in staatliche Hände übergingen, sollen die größtenteils in ausländischem Besitz befindliche Bergbauindustrie, die Holzindustrie und die Fischindustrie, an der die Familie Somoza maßgeblich beteiligt war, verstaatlicht werden. Während die Kreditgesellschaften ebenfalls verstaatlicht werden sollen, bleiben die Versicherungen in privater Hand. Am 9. August gab Juntamitglied Ramirez bekannt, daß die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, wie Kaffee, Baumwolle und Zucker, über staatseigene Firmen exportiert werden sollen. Die weitreichendste, allerdings auch für unterschiedliche Interpretationen offene Aussage über die zukünftige Regierungsform Nicaraguas machte das Mitglied der Junta, Moisés Hassan: Die Sandinisten strebten eine Art von nationalem Sozialismus an. Zur Präzisierung fügte er lediglich hinzu: „Die politischen Standpunkte werden sich langsam klären, und das nicaraguanische Volk wird seine Wahl treffen. Es wird keineswegs ein neues Kuba geben. Wir wollen eine nicaraguanische Lösung“ (Le Monde, 20. 6. 79). Erst das Programm der zukünftigen politischen Organisation der sandinistischen Bewegung kann diese vage Absichtserklärung mit Inhalt füllen.

Die in der westlichen Welt seit der ersten Guerilla-Offensive im August/September vergangenen Jahres unentwegt gestellte bange Frage, ob sich in Nicaragua ein zweites Kuba anbahne, kann zum jetzigen Zeitpunkt sicher nicht beantwortet werden. Sie ist für die in weltpolitischen Kategorien denkenden Beobachter im Ausland und vor allem für die in diesem Jahrhundert in Nicaragua stets mitagierenden Vereinigten Staaten derzeit von ungleich größerer Bedeutung als für die national denkenden und empfindenden nicaraguanischen Politiker. Dies gilt in diesem Stadium wohl auch für die sandinistischen Strömungen und die kleinen kommunistischen Gruppierungen. Ob die in der augenblicklichen Phase der gemeinsamen Politik mit der bürgerlichen Opposition zugedeckten ideologischen Differenzen innerhalb der FSLN in der Weise wieder auftreten, wie sie während der Guerillakämpfe offenbar wurden, ist nicht vorherzusagen. Der gegen Ende des Bürgerkriegs vollzogene formale Zusammenschluß der drei großen Gruppierungen, der „Guerra Popular Prolongada“ (GPP – Verlängerter Volkskrieg), der „Línea Prole-

taria“ (Proletarische Linie) und der „Terceristas“ (Dritte-Welt-Bewegung), erfolgte zweifelsohne aus pragmatischen Erwägungen. Er wird in mehrere sandinistische Parteien auseinanderbrechen, wenn die inneren Spannungen ideologischer und machtpolitischer Natur wachsen. Hält er zusammen, kann die Entwicklung dahin gehen, daß die Bewegung oder eine nachfolgende große sandinistische Partei weiterhin nur schwache Konturen zeigt und an politischer Macht und Attraktivität einbüßt.

Die Gruppierung „*Verlängerter Volkskrieg*“ ist eine Guerilla traditionellen Stils, die sich in den frühen sechziger Jahren im gebirgigen Nordwesten Nicaraguas bildete. Sie zeichnen ihre starke Verwurzelung auf dem Lande, wo sie nach dem Prinzip der „Sammlung der Kräfte“ die Landarbeiter mobilisierten, und gute Beziehungen nach Havanna aus. Innenminister Borge gehört zur GPP-Führungsspitze. Für die marxistische GPP gilt wie für die „Proletarische Linie“, daß ihr theoretisches ideologisches Fundament, soweit es überhaupt vorhanden ist, nirgendwo klar definiert wird.

Radikale und Gemäßigte

Wie die meisten revolutionären Strömungen in Lateinamerika zeichnen sich die Sandinisten dadurch aus, daß sie nicht auf einer Doktrin gründen, sondern über eine Analyse der nationalen Realität zum revolutionären Kampf gelangen. Diese Methodik hat auch in kirchliche Entwicklungsmodelle Eingang gefunden, wenn auch mit anderen politischen Lösungsversuchen (vgl. Schlußdokument der Konferenz von Puebla, 1. Teil). Sollte die sandinistische Bewegung diesen ideologischen Rückstand etwa mit kubanischer Hilfe aufholen, muß mit einer Radikalisierung ihrer Politik gerechnet werden. In diesem Fall wäre immer noch die Frage offen, ob ein nationales, wirklich blockfreies System oder doch ein zweites blockabhängiges Kuba am Ende einer solchen Entwicklung stehen wird.

Zumindest die GPP strebt für die Zeit nach der Übergangsregierung kein pluralistisches Parteiensystem an. Im internen Bulletin Nr. 2 der Gruppierung vom Juli hieß es: „Die Zusammensetzung der Junta können wir nur mit Vorbehalten akzeptieren. Neben der Junta müssen sich andere Institutionen organisieren, von denen dann die wirkliche politische Macht ausgehen muß. Wir müssen Organisationsformen finden, etwa wie die ‚Komitees zur Verteidigung der Revolution‘ in Kuba“ (zit. nach FAZ, 28. 7. 79). Diese lokalen Komitees, zu deren Aufgabe in Kuba auch die Überwachung der Bürger gehört, und die Aufbau- und Produktionsbrigaden, die nach dem Willen der Regierung überall im Land gebildet werden sollen, können, müssen aber nicht erste Pfeiler eines linken Räte-systems oder eines Regimes östlicher Prägung werden. In diese Richtung könnten die Anhänger der „Proletarischen Linie“ tendieren, der sandinistischen Gruppierung, die die meisten Studenten aufweist. Sie ist die dogmatischste der drei Gruppen.

Die „*Terceristas*“, zahlenmäßig der größte Flügel, verei-

nen militante Oppositionelle vorwiegend aus dem Mittelstand und junge Somoza-Gegner aus dem Großbürgertum. Ihrer Breitenwirkung vor allem verdankt die sandinistische Offensive den Rückhalt in der Bevölkerung. Sie vertraten den Standpunkt, daß Somoza nur mit dem (zumindest schweigenden) Einverständnis des oppositionellen Bürgertums zu stürzen sei. Obwohl die Terceristen sich ideologisch noch weniger exakt definieren lassen als die beiden anderen sandinistischen Gruppen, ist ihr Einfluß innerhalb der Bewegung nicht zu unterschätzen, da sie der konservativen Opposition als zuverlässigster Partner gelten und sich der moralischen und finanziellen Unterstützung sozialdemokratischer Parteien im Ausland erfreuen.

Auch die der FSLN nahestehende „*Bewegung Vereinigtes Volk*“ („*Movimiento Pueblo Unido – MPU*“), der das Junta-Mitglied Hassan angehört, bildet Basisorganisationen, die zunächst zum Schutz der Stadtviertel vor nationalgardistischer Sabotage dienen. Ihr Ziel war der Sturz Somozas mittels einer starken, von den konventionellen Parteien unabhängigen Opposition, die die Volksmassen anziehen vermochte.

Ein Blick auf die Entwicklung und die inneren Zusammenhänge der politischen Ereignisse vor Ausbruch des Bürgerkriegs kann zum Verständnis der derzeitigen Phase der sandinistischen Revolution beitragen und für perspektivische Überlegungen nützlich sein. Der Sieg der sandinistischen Guerilla hatte drei Ursachen: die ausbeuterische und die Geduld des Volkes überschätzende Politik der Somoza-Diktatur, die Unterstützung der Sandinisten durch Kuba und die Politik der bis in die letzte Phase des Bürgerkriegs offenbar unbelehrbaren Vereinigten Staaten. Entgegen aller Dementis hat Kuba der Guerilla in Nicaragua alle erdenkliche moralische und militärische Unterstützung zuteil werden lassen. Allerdings wurde die militärische Hilfe auf Wunsch der Sowjetunion solange wie möglich verschleiert. Dem muß auch nicht die Aussage der Sandinisten widersprechen, sie hätten auf dem Schwarzen Markt in den USA Waffen gekauft. Der Sonderbotschafter der neuen Regierung, *Eduardo Kühl*, der auch mit der Bonner Regierung verhandelte, erklärte in einem Interview mit AFP, der kubanische Staatschef Fidel Castro habe die Sandinisten nicht mit Waffen versorgen wollen, weil er „der Unabhängigkeit unserer Revolution nicht schaden wollte“. Ende Juni hatte das amerikanische State Department mitgeteilt, Kuba habe die linksorientierten Elemente der Sandinisten ausgebildet und mit Waffen versorgt. Weitere Hilfe komme ihnen über Panama und Costa Rica zu. Zu diesem Zeitpunkt bestritten sowohl Kuba als auch die Sandinisten jegliche kubanische Unterstützung. Einen Monat später erklärte der Europa-Vertreter der nicaraguanischen Junta, *Angel Barrajon*, in Paris, daß zahlreiche Sandinisten in Kuba eine Guerilla-Ausbildung erhalten hätten. Zum selben Zeitpunkt hatte der kubanische Geschäftsträger in Washington erstmals offiziell zugegeben, daß sein Land die Guerilla in Nicaragua unterstützt habe.

Somoza: Besitzunger und Antikommunismus

Die Erfolge und Errungenschaften der Somoza-Ära legen den Schluß nahe, daß die Politik der letzten vierzig Jahre von zwei gleichgewichtigen Motiven bestimmt wurde: dem Streben nach persönlicher Bereicherung und dem Kampf gegen den Kommunismus. Den Anfang seiner politischen Karriere verdankte *Anastasio Somoza der Ältere* einem Partner, der über die gesamte Herrschaftsperiode Garant und Nutznießer dieser Politik sein würde: den Vereinigten Staaten. Das Nicaragua Somozas ist historisch gesehen eine Schöpfung der USA. Von 1912 bis 1933 hielten die Amerikaner das Land besetzt. Als die „Marines“ abgezogen wurden, trat eine von den Amerikanern gedrierte und finanzierte Nationalgarde unter der Führung von Somoza senior an ihre Stelle. 1934 ließ er den gegen die amerikanische Vorherrschaft kämpfenden Guerilla-Führer *Cesar Sandino* ermorden. Mit Somozas Hilfe gelang es den Amerikanern 1954, den linksgerichteten guatemalteken Präsidenten Arbenz Guzmán zu stürzen. Nach der Ermordung des Präsidenten im Jahre 1956 übernahm der älteste Sohn Luis die Macht, ihm folgte 1967 Anastasio Somoza II. Der in West Point diplomierte General machte die Nationalgarde zur schlagkräftigsten Armee Zentralamerikas. Als Chef der Nationalgarde bot er 1961 den USA sein Land als Basis für die Operationen gegen Kuba an.

Was die Somozas von anderen lateinamerikanischen Diktatoren unterscheidet, ist nicht nur die Unbedingtheit der Bündnistreue gegenüber den Vereinigten Staaten, sondern die Verquickung von politischem Machtwillen und einem unstillbaren Hunger nach Besitz, der den letzten Somoza schließlich in die politische Isolation trieb. Der tiefe Sturz des dritten Präsidenten der Somoza-Familie begann, als sich das Bürgertum von ihm abwandte. Den Anlaß bot die Ermordung des gemäßigten Oppositionsführers *Pedro Joaquín Chamorro* am 10. Januar 1978. Chamorro wollte in der von ihm herausgegebenen Zeitung „La Prensa“ einen Artikel veröffentlichen, der die Unverfrorenheit zum Thema hatte, mit der sich Somoza und seine Familie an den internationalen Hilfsmitteln und Geldern zum Wiederaufbau der vom Erdbeben zerstörten Hauptstadt bereicherten. Konkret ging es in dem Beitrag um mehrere tausend Liter Blutspenden aus aller Welt, die die Somozas in den USA mit beträchtlichen Gewinn weiterverkauft hatten. Von vielen Nicaraguanern aus dem Bürgertum, soweit sie nicht an den profitträchtigen Unternehmungen der Somozas beteiligt waren, wurde Somoza nach dem Mord an Chamorro mit einem Mal als nicht mehr tragbar empfunden. Zwischen der gemäßigten Opposition und den sandinistischen Untergrundkämpfern fand eine erste Annäherung statt. Vermutlich schuf sich zu diesem Zeitpunkt der Unmut der unpolitischen Bürgerlichen über das konkurrenzerdrückende Wirtschaftsimperium der Somozas ein politisches Ventil.

Die erwachende moralische Entrüstung über die Unerbittlichkeit eines Herrschers, dessen repressive Ordnungs-

politik mit anderen Diktaturen des Kontinents Schritt hielt, der sich aber aufgrund seiner wirtschaftlichen Potenz einflußreiche Kreise zu verpflichten wußte und sogar eine Scheindemokratie pflegen konnte, erhielt erst durch ein außernicaraguanisches Phänomen politische Sprengkraft: Präsident Carters Konzept der Menschenrechtspolitik. Die Politik Somozas in dem Zeitraum zwischen den ersten sporadischen Guerillakämpfen bis zur erfolgreichen Volkserhebung (s.HK, Oktober 1978, S. 496f) beruhte auf zwei Irrtümern: dem sicheren Bewußtsein, daß wie ihm persönlich auch den USA alle Mittel zur Bekämpfung der Aufständischen recht sind, und dem Vertrauen darauf, daß die Vereinigten Staaten notfalls militärisch intervenieren. Der erste Irrtum wirkte sich verheerend aus: im August 1978 setzte der Präsident erstmals die Luftwaffe gegen die Guerilla ein; in der Endphase des Bürgerkriegs kämpfte seine Nationalgarde mit Brand- und vermutlich auch mit Napalmbomben gegen das eigene Volk. Die Beharrlichkeit, mit der sich Somoza an die Macht klammerte, verlängerte die Leiden der Zivilbevölkerung, half jedoch verhindern, daß seinem Regime ein „Somezismus ohne Somoza“ folgte. Seine brutale Kriegführung hat die Solidarisierung der großen Mehrzahl der lateinamerikanischen Länder mit den Aufständischen und damit die eigene fast totale Isolation bewirkt.

USA: Politik ohne Überzeugungen

Somozas ungehört verhallter Hilferuf an die Adresse der Vereinigten Staaten, deren verlässlichster Interessenverwalter auf lateinamerikanischem Boden er war, machte die Problematik des amerikanischen Standpunktes im nicaraguanischen Konflikt deutlich. Der Enttäuschung des Diktators über den vergeblichen Appell an die Dankbarkeit der USA war Verständnislosigkeit über die Haltung der Amerikaner vorausgegangen. Die Berücksichtigung moralischer, den eigenen Interessen widerstrebender Kriterien, wie sie sich in der Politik der Carter-Administration gelegentlich niederschlugen, bezeichnete er freimütig als absurd. Dabei war der amerikanische Part in der nicaraguanischen Krise keineswegs ein Modellfall für die sogenannte Menschenrechtspolitik der amerikanischen Präsidenten. Seine zögernde Politik der schrittweisen Anpassung an die veränderten Machtverhältnisse in Nicaragua konnte den selbstgesetzten hohen Ansprüchen nicht standhalten und schuf zudem unübersehbare Parallelen zur amerikanischen Kuba-Politik der fünfziger Jahre. Dies trug den Amerikanern den internationalen Vorwurf der Unbelehrbarkeit ein.

Ein akutes inneramerikanisches Thema stand einer gradlinigen Nicaragua-Politik zusätzlich im Wege: die Abstimmung über die Panama-Verträge im Kongreß, die nach Meinung vieler Abgeordneter Panama zu sehr entgegenkam.

Die bloße Aneinanderreihung der Fakten verrät die Konzeptionslosigkeit der amerikanischen Politik. Zum Zeitpunkt der ersten sandinistischen Offensive und dem weiterhin befolgten Aufruf zum Generalstreik im Herbst 1978

legen die USA Somoza erstmals den Rücktritt nahe. Als dieser sich weigert, setzen die Amerikaner nach einer kurzen Pause ihre Militärhilfe an Somoza ungeachtet der Überzeugung, daß die Auseinandersetzung erst mit dessen Rücktritt enden würde, fort. In der Phase der Ausweitung des Bürgerkriegs bis zum Juni dieses Jahres verhalten sich die USA im Vertrauen auf die militärische Überlegenheit Somozas abwartend. Im Juni präsentieren sie die sogenannte verfassungsmäßige Lösung, das heißt die Übergabe der Macht an eine bürgerliche Regierung, an der Somozas Liberale Partei, nicht aber die Sandinisten beteiligt werden sollten.

Die von einer Fernsehkamera aufgezeichnete Ermordung des Journalisten *Bill Stewart* durch einen Nationalgardisten am 21. Juni bewirkt eine Verhärtung des amerikanischen Standpunktes. Vor der Konferenz der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) schlägt Außenminister *Cyrus Vance* die Entsendung einer interamerikanischen Friedenstruppe nach Nicaragua vor. Eine nur vage umschriebene „Regierung der nationalen Aussöhnung“ solle das Regime Somoza ablösen. Die Pläne der USA werden von der Konferenz rundweg abgelehnt. Der mexikanische Delegierte *Castaneda* erklärt: „Es ist nicht beabsichtigt, daß nach dem Sturz des Tyrannen alle diejenigen Strukturen weiterbestehen, auf denen sein Unterdrückungsregime ruht.“ Im Zuge der sandinistischen Erfolge treten die USA Anfang Juli in direkte Verhandlungen mit der sandinistischen Führung in Costa Rica ein. Gleichzeitig unterstützen sie den Plan von Offizieren der Nationalgarde, gegen Somoza zu putschen. Wenige Tage später überbringt der neue Botschafter in Managua, *Lawrence Pezzullo*, Somoza die amerikanische Aufforderung zurückzutreten. Die Mission *Pezzullo*s wird zudem offiziell bekanntgegeben. Als sich Mitte Juli der Sieg der Sandinisten abzeichnet, treffen die Amerikaner erste Abmachungen mit der provisorischen Regierung in Costa Rica. Daß der am 17. Juli nach der Flucht Somozas vom nicaraguanischen Kongreß zum Nachfolger eingesetzte *Francisco Urcuyo* seine überraschende Entscheidung, bis 1981 im Amt zu bleiben, ohne jede Absprache mit der amerikanischen Regierung traf, ist angesichts der damaligen militärischen Lage schwer vorstellbar. Das State Department versicherte jedenfalls der Regierung von Panama, die ihrerseits erwog, die Luftwaffe gegen Nicaragua einzusetzen, die USA seien an der Entscheidung völlig unbeteiligt.

Ende Juli bat Innenminister *Borge* bei einem Treffen mit US-Botschafter *Pezzullo* die Vereinigten Staaten um militärische Hilfe. Offensichtlich wollte *Borge* die Amerikaner mit diesem Vorstoß testen. Eine negative Antwort würde Nicaragua künftiger Rücksichten auf die USA entheben und wie im Falle Kubas eine Annäherung an die sozialistischen Länder begünstigen. Während der amerikanische Senator *Edward Zorinski* nach einem Besuch in Managua Anfang August die Ansicht vertrat, daß der Kommunismus nur dann in Nicaragua Fuß fassen werde, wenn die USA dem Land die notwendige Unterstützung versagen, sprach sich eine Gruppe von Kongreßabgeord-

neten gegen eine Militärhilfe für das mittelamerikanische Land aus, das ohnehin auf den Kommunismus zusteure.

Die Kirche ist gegen jede Form von Tyrannei

Die katholische Kirche des Landes hat im Verlauf des politischen Konflikts immer stärkere Zweifel an der Legitimität des Somoza-Regimes geäußert, die schließlich in eine offene Verurteilung der Diktatur mündeten. Mitten im Bürgerkrieg richtete die Bischofskonferenz von Nicaragua eine Botschaft an das Volk, in der sie Verständnis für den Kampf der Sandinisten zeigt, sich aber gleichzeitig gegen „mögliche Ausschreitungen“ der Aufständischen wendet. Die Botschaft vom 2. Juni zeichnet sich durch eine direkte und engagierte Sprache aus: „Wir stellen fest, daß Egoismus und grenzenlose Habgier eine Gesellschaft jeden Tag unmenschlicher gemacht haben, in der Überfluß und Elend erzeugt werden und Unsicherheit für alle“ (DIAL, 26. 7. 79). Angesichts des in dieser Frage zurückhaltenderen neuen Papstes war die ausdrückliche Zitierung des „Tyrannen-Artikels“ aus der Enzyklika „*Populorum progressio*“ von besonderer Bedeutung: „Die möglichen Ausschreitungen von revolutionären Aufständen berühren uns schmerzlich, aber, im Falle einer eindeutigen und fortdauernden Tyrannei, die die fundamentalsten Rechte der Person ernsthaft verletzt und dem allgemeinen Wohl des Landes schadet“ (*Populorum progressio*, Nr. 31), kann man ihre moralische und gesetzmäßige Legitimation nicht verneinen.“

In ihrer Botschaft riefen die Bischöfe die Bürger auf, soziale und politische Verantwortung zu übernehmen: „Das Böse werden wir in dem Maße vergrößern, wie wir uns gleichgültig und passiv benehmen. Unsere Verantwortung als Bürger in dieser Stunde nicht wahrzunehmen ist ein schweres Vergehen gegen die menschliche Solidarität und die christliche Liebe. Es ist der Augenblick, unseren Glauben in Werke umzusetzen.“ In den Tagen des Machtwechsels öffnete die Kirche fliehenden Nationalgardisten und Anhängern Somozas ihre Gebäude. Der Erzbischof von Managua, *Miguel Obando Bravo*, bat die neue Regierung um Gnade für die Anhänger des alten Regimes. Vor allem seiner mutigen und entschiedenen Haltung ist es zu verdanken, wenn auch die neue Regierung die Kirche ernst nimmt. In einer von Radio Católica Anfang August ausgestrahlten Stellungnahme kritisieren die Bischöfe beispielsweise „die jetzt in Nicaragua durchgeführten Indoktrinierungsmaßnahmen“. Noch im Juni hatte Erzbischof *Obando* in Madrid erklärt, deutschen Bischöfen sei es außerordentlich schwergefallen, zwischen Terrorismus, wie es ihn in Westeuropa gebe, und der lateinamerikanischen Guerilla zu unterscheiden, die der letzte Ausweg gegen die brutale Unterdrückung institutioneller Gewalt sein könne.

Die Führung der nicaraguanischen Kirche hat die neue Regierung bereits wissen lassen, daß sie die Sorge anderer

politischer Kräfte teilt, die eine Radikalisierung der ideologischen Positionen nach einer ersten konsolidierenden Phase nicht ausschließen. Sie hält es aber auch für falsch und folgenschwer, wenn die Länder der westlichen Welt, allen voran die Vereinigten Staaten, tatenlos und wie ge-

bannt auf die Entwicklung in Nicaragua schauen würden. Eine schnelle und großzügige Wiederaufbauhilfe ist der beste Dienst, den die westliche Welt dem zerstörten mittelamerikanischen Land und sich selbst tun kann.

Gabriele Baums-Burchardt

Gestalten im Zeitgeschehen

Denkspiele gegen eindimensionale Lebenswelt

Zum Tod von Herbert Marcuse

Mit Herbert Marcuse, der im Alter von 81 Jahren am 30. Juli 1979 verstarb, ist nach Adorno und Horkheimer der *letzte bedeutende Repräsentant der Kritischen Theorie* aus dem Umkreis des alten Frankfurter „Instituts für Sozialforschung“ dahingegangen. Marcuse wäre ebenso zu den letzten großen Reform-Marxisten vom Rang eines Bloch oder Lukács zu zählen, wenn nicht schon der Begriff des „Reform-Marxisten“ zuviel Epigonenhaftes enthielte, das der Originalität und Frische der Marcuseschen Theorie nicht gerecht würde. Vom lupenreinen Marxismus trennen ihn nicht nur die unorthodoxe Denkweise, sondern auch freudianische und phänomenologische Elemente; von der Kritischen Theorie Horkheimers und Adornos unterscheidet ihn schon äußerlich der direktere, zupackende Duktus der Sprache und die geringere Scheu vor politisch-praktischer Einmischung.

Das Stichwort von der internalisierten Gleichschaltung

Die große Wirkung, die Marcuses Schriften auch in Deutschland ausgeübt haben, ist um so erstaunlicher, als er hier nie einen Lehrstuhl erhalten oder gar eine eigene „Schule“ ausgebildet hat. Bis zum Beginn der Studentenrevolte war er nur einem kleineren Kreis von einschlägig Interessierten bekannt, man verwechselte ihn ansonsten öfters mit Ludwig Marcuse. Wie sich jedoch bald zeigte, hatten seine Schriften einen eminenten, *untergründigen* Einfluß auf die Ideen der Neuen Linken ausgeübt; diese feierte ihn – den fast Siebzigjährigen – 1967 in Berlin als ihren Mentor und intellektuellen Wortführer.

Marcuses Aufsatz über „Repressive Toleranz“, 1966 in deutscher Sprache erschienen, eine radikale Kritik des liberalen Pluralismus, war in aller Munde, wenn auch keineswegs unumstritten. Wo immer später Terrorismus und

Studentenrevolte in direkten Zusammenhang gebracht wurden, spielten einige riskante Thesen dieser Schrift eine maßgebliche Rolle. Vorbehalte beschränkten sich freilich nicht auf den Kreis notorisch-blinder Antikommunisten, sondern wurden durchaus auch von Freunden (etwa *Jürgen Habermas*) geäußert.

Toleranz, so hatte Marcuse geschrieben, einst eine liberale Errungenschaft zur Verminderung von Gewalt und Unterdrückung, habe sich angesichts der ökonomischen und politischen Veränderungen in den fortgeschrittenen demokratischen Gesellschaften in ihr Gegenteil verkehrt. Im Rahmen der gegebenen Machtverhältnisse muß sie, so weiter, notwendigerweise zur Duldung, ja Verstärkung von Herrschaft führen; denn die legalen Formen der Opposition reichen über den eingespielten Konsens einer Gesellschaft, die auf Jugendkriminalität hysterisch, auf „immer mächtigere Geschosse, Raketen und Bomben – das reifgewordene Verbrechen einer ganzen Zivilisation“ gleichgültig reagiert, nicht hinaus. Toleranz, die ja nicht Relativismus, sondern Vernunft und Freiheit anzielt, verliert ihren Sinn, wenn so offenbare Formen von Irrationalität wie Wettrüsten, ungerechte Verteilung des Reichtums, Rassismus und blutige Eroberungskriege nicht mehr radikal zur Disposition gestellt werden dürfen. Ob Kommunist oder Nazi, ob Jude, Neger oder Rassist – jeder hat irgendwie recht; was unter dem Druck der Aufklärung einst mühsam als Spielraum für undogmatisches Erkennen und Freiheit des Denkens gegen traditionsverhaftete Mächte erkämpft wurde, ist in der Banalität des modernen Pluralismus zur Farce, zynisch geworden: *die Wahrheit gibt es ohnehin nicht, so ist denn alles gleich wahr oder falsch* – wenn es nur nicht die stillschweigend sanktionierten Grundlagen des Systems angreift.

Im Unterschied zu totalitären Staaten, die offen Zensur verhängen, beruhen die Grundlagen dieser „repressiven